



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Wahlen in Frankreich

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Wahlen in Frankreich



Donntag den 22. September haben in Frankreich die Wahlen stattgefunden, denen die dortigen Parteien und viele von unsern Zeitungspolitikern erwartungsvoll entgegengesehen hatten. Das französische Volk sollte sich, wenn man diesen Kreisen glauben durfte, in einer Weise wie noch nie seit Errichtung der Republik über seine Stellung zu dieser Staatsform aussprechen, es sollte zunächst „über die Männer des 16. Mai seinen Wahrspruch fällen,“ es sollte „seine zukünftigen Geschicke entscheiden“, und was dergleichen Redensarten mehr waren. Unser Gedächtnis, das die Erinnerung an wichtigere Wahlschlachten des westlichen Nachbarvolkes bewahrt, unsre Kenntnis des Volksgewisses überhaupt und unsre Anschauung von der gegenwärtigen Stimmung der Massen in Frankreich gestatteten uns keine so weit reichenden Erwartungen von der bevorstehenden Abstimmung, wir sahen keine entscheidende Schlacht herankommen, weder einen großen Sieg der herrschenden, noch einen Sieg der nach der Herrschaft begehrenden Parteien; denn wir schätzten beide Gruppen, von denen die eine die Freunde des Bestehenden, die andre die Gegner zunächst der jetzigen republikanischen Verfassung, dann die der Republik überhaupt umfaßte, für ungefähr gleichstark, indem der letztern Seite zwar die Lust des französischen Volks am Wechsel, verstärkt durch den Blick auf die geringe Befähigung der herrschenden Partei, fruchtbar zu regieren, auf deren grobe Mißgriffe und Unterlassungssünden zugute kam, der andern Seite aber zuvörderst ihre Eigenschaft als *beati possidentes*, als Inhaberin der Regierungsgewalt und damit der Macht, die Wahlmaschinerie durch ihre Beamten in ihrem Interesse zu lenken, dann der neben jener Wechselfucht bestehende, an sich schon nicht seltne und durch das Gelingen der Ausstellung weiter verbreitete Wunsch, es möge beim Alten

bleiben, das näher besehen gar nicht so übel sei, nicht wenige Wählerstimmen zuführen mußten. Die Wahlen vom 22. September haben der hierauf gegründeten Erwartung entsprochen, sie haben an dem Bisherigen nicht viel verändert, sie haben nur gezeigt, daß die Republikaner stärker sind, als ihre Gegner vermuteten; aber von einem großen Erfolge zu reden ist Thorheit, die der Republik abgewendete Masse des Volkes zeigte sich ihr wieder etwas günstiger, aber auch wenn die Stichwahlen dies bestätigen sollten, wird es sich damit ganz bedeutend bessern müssen, ehe der Freiheitsbaum, um den man jetzt jubelt und tanzt, als fest gepflanzt angesehen werden darf. Noch heute liegt die Art, die ihn abhauen sollte, an seiner Wurzel. Der Boulangersehwindel ist, wie es scheint, im Absterben begriffen, aber er kann wieder aufleben, er wird auf alle Fälle Nachfolger in anderer Gestalt finden, und er ist durchaus nicht der ärgste Feind der Republik. Alle Untugenden des Parlamentarismus werden nach Zusammentritt der neuen Volksvertreter ihr Spiel von neuem beginnen, die Republik wird fort dauern, und je länger desto besser für den Frieden der Welt, denn sie wird, wenn nicht Wunder geschehen und überraschende Wiedergeburten erfolgen, schwach bleiben und auf unsichern Füßen stehen. Endlich aber wird sie doch fallen, und zwar sobald ein hochbefähigter und willenskräftiger Geist in ihr ersteht, an dem es unter den bisherigen Politikern gänzlich mangelte. Wankte sie doch geraume Zeit vor den Ränken eines Wichts wie Boulanger, der freilich auch nur Mittelmäßigkeiten vor sich hatte. An diesen Mittelmäßigkeiten, diesen kleinen Politikern, die nur in Selbstsucht, Parteigezänk und Parteiumtrieben groß sind, wird die Republik schließlich zu Grunde gehen. Aber noch einmal: je länger sie sich mit diesen von ihr untrennbaren Eigenschaften auf den Weinen erhält, desto besser für den Frieden, und deshalb können wir jeden Ausgang von Krisen gleich dem jetzigen mit Genugthuung begrüßen. Wie die Dinge jetzt liegen, ist Frankreich in politischer Beziehung ein Kranker, der nicht leben und nicht sterben kann, und solche Kranke hat die Welt nicht zu fürchten.

Sehen wir uns die Wahlen vom 22. September etwas genauer an. Ihr Ergebnis ist im ganzen unentschieden. Die Republikaner haben nur vorläufig die Mehrzahl ihrer Kandidaten durchgesetzt, die Gegner nur vorläufig einen Teil der ihrigen, worunter sich in Paris Boulanger, den die Regierung unvorsichtig und inkonsequent zur Bewerbung um ein Mandat zuließ, und vier von seinen Anhängern befinden.*) In vielen Wahlbezirken ist der Kandidat, der die meisten Stimmen der Wählerschaft erhielt, nicht wirklich gewählt, da ihm die gesetzlich erforderliche Zahl der Stimmen, d. h. wenigstens eine über die Hälfte derselben, mangelte, und so wird hier eine Stichwahl notwendig. Solcher Fälle weist die Wahl sehr viele auf, und dadurch wird das endgiltige Urteil über ihr Gesamtergebnis hinausgeschoben. Zwei Punkte sind aber schon jetzt

*) Boulangers und ebenso Rocheforts Wahl ist inzwischen für ungiltig erklärt worden.

klar. Erstens haben die Wählerschaften sich diesmal sehr zahlreich beteiligt, und das beweist, daß die Bevölkerung ein lebhafteres Interesse an den Wahlen gehabt hat als bei frühern Gelegenheiten. Zweitens scheint die Wahlhandlung trotz der Aufregung, die sie natürlich hervorrief, doch nirgends zu Unruhen und andern ungehörigen Kundgebungen ernstler Art Veranlassung gegeben zu haben, wozu wir den Franzosen umsomehr Glück wünschen dürfen, da es sonst gerade keine hervorstechende Eigenschaft derselben, namentlich der Pariser ist, dergleichen Rechte und Pflichten in Ruhe und Ordnung auszuüben. Ob schließlich, d. h. nach den Stichwahlen, eine sehr viel größere Zahl der Mandate den republikanischen Parteien oder denen der Revisjonisten gehören wird, ist einigermaßen fraglich, wenn auch die Opportunisten und ihre nächsten Verwandten, die übrigen aufrichtigen Anhänger der Republik, mehr Ausichten zu haben scheinen als die, welche Abänderung der Verfassung, Boulangers Diktatur oder die Rückkehr zur Monarchie mit einem Orleans oder einem Napoleon IV. wollen. Aber wenn diesmal eine größere Menge von Wählern ihre Zettel in den Stimmkasten geworfen hat als früher, und wenn keine erhebliche Ruhestörung dabei zu beklagen gewesen ist, so ist wohl der Schluß daraus zu ziehen, daß die Freunde der Ordnung, die Ruhigen und Nüchternen, die, die ihre Parteileidenschaft im Zaume zu halten verstehen, kurz die, die man bei uns konservativ nennen würde, da sie wenigstens Anlage dazu haben und es unter Umständen zu werden versprechen, diesmal überwogen haben, und darunter werden vermutlich nicht wenige gewesen sein, die der Meinung sind, man solle die Dinge mit einigen durchaus notwendigen Abstellungen und Zusätzen gehen lassen, wie sie in der letzten Zeit gegangen sind. „Revision,“ das Feldgeschrei der Boulangisten und der Radikalen wie der Monarchisten, bedeutet am letzten Ende Revolution, und die Parteien, die das Bestehende umstürzen möchten, haben sich in der Regel nicht durch Liebe zu ruhigem Verhalten bei öffentlichen Handlungen hervorgethan. Doch darf man aus der Ordnung, die bei den Pariser Wahlen herrschte, auch nicht zu viel Gutes ableiten. Auch die Maßregeln, die die Regierung zur Verhütung von Unruhen getroffen hatte, wirkten unzweifelhaft zu dem erfreulichen Verlaufe der Sache mit, und der Himmel that mit einem zuletzt einfallenden reichlichen Regen ein Übriges.

Die Stichwahlen werden bis zu Ende der ersten Oktoberwoche vollzogen sein und volle Gewißheit geschaffen haben. In der Zwischenzeit bietet Frankreich ein lehrreiches, aber etwas düsteres und trauriges Schauspiel dar. Man pflegt zu sagen, Frankreich scheine in der zivilisirten Welt die Aufgabe zu haben, die Probleme der Politik zu lösen, die sich in andern Ländern kaum über den Gesichtskreis erhoben, geschweige denn sich zur Dringlichkeit entwickelt hätten. Träfe diese Behauptung zu, so würden wir jetzt an den Erfahrungen unsrer Nachbarn inne werden, nicht bloß, was für Verirrungen und Mißgriffe in

Demokratieen möglich, ja unausbleiblich sind, sondern was in solchen Gemeinwesen sich ereignen muß, wenn in ihnen ein „reichlicher Mangel“ an großen politischen Talenten herrscht, und das ist in Frankreich in den meisten Fällen zu bemerken. Sie dulden nur Mittelmäßigkeiten, da der Neid in ihnen der herrschende Geist ist und die unbeschränkte Freiheit besitzt, jede auftauchende fittliche oder geistige Größe auf das allgemeine Niveau herunterzureißen und aus dem Wege zu schaffen — natürlich, wenn die Größe von der Art ist, daß sie sich gefallen lassen muß, herabgezogen und beiseite geschoben zu werden. Das aber war in Frankreich die Regel. Wäre hier ein wirklicher großer Staatsmann aufgetreten, so würde er sich ohne Frage sehr bald mit seiner Begabung an Weisheit, an Wissen und Willensstärke über allen Neid emporgeschwungen haben und zu Ansehen und Unabhängigkeit gelangt sein, wobei dann freilich die Demokratie zu Schein und Form geworden wäre, wie im athenischen Staate, als nach der Theorie der biedere Demos, in Wirklichkeit aber Perikles regierte. Wo finden wir aber im heutigen Frankreich einen solchen gebietenden Helden? Gambetta besaß annähernd einiges Zeug dazu, seit seinem Tode ist niemand der Art wieder aufgetreten, am wenigsten ein Geist, der, auf sich selbst beruhend, über den Parteien gestanden und sie auch gegen ihr Interesse und Streben beherrscht und dem Staatszwecke dienstbar gemacht hätte. Auch von Jules Ferry, auf den sonst sich vielleicht noch hinweisen ließe, ist dies nicht mit Grund zu behaupten. So kam es, daß jedes kleine politische Talent abwechselnd, um sich sein Verbleiben auf der erstrebtesten Stelle, sein Ansehen und seinen Einfluß für möglichst lange Dauer zu sichern, mit andern Parteien liebäugeln mußte, und daß die große republikanische Partei in ein halbes Duzend kleine Gruppen zertrümmert ist, die nicht vielmehr als Widerspruch gegen einander, Ränke und Gezänk leisten. Alle haben das Gefühl ihrer Schwäche, und die Regierungen, die sie, heute die eine, morgen die andre, stellen, leiden an derselben Empfindung, woraus dann gelegentlich plötzlich Akte kleinlicher Tyrannei hervorgehen, die das Bewußtsein von Stärke zeigen sollen, aber nur wenig imponieren. Wir erinnern nur an den Minister Thévenet, der die ohnedies dem Staate entfremdete Geistlichkeit durch sein abgeschmacktes Verbot, auf die Wahlen zu wirken, nur noch mehr der republikanischen Sache abwendig machte. Andererseits zeigt die Opposition, wenn man die Gegner der Partei Ferrys und Tirards so nennen darf, ein stetes Schwanken des Übergewichts der in ihr neben einander hergehenden Parteien. Vor kurzem war die herrschende Idee die „Boulangé“ mit ihrer Verfassungsveränderung und ihrer Diktatur, dann, nach der Wahl der Generalräte, traten die monarchischen Parteien mit ihrem kläglichsten Grafen von Paris und ihrem gleichfalls unbedeutenden Viktor Napoleon in den Vordergrund, und jetzt scheint der Stern des „braven Generals“, oder des *concessionnaire en fuite*, wie ihn die République Française nennt, sich noch mehr dem Horizonte zu nähern und untergehen zu wollen. Aber

keine einzige Gruppe dieser wie der andern Seite ist stark genug, ihre eigne Politik zu treiben, keine ist unabhängig, jede auf Unterstützung angewiesen, die durch Zugeständnisse, also durch Abschwächung und Verhüllung ihres eigentlichen Programms zu erkaufen ist.

Es ist nicht schwer, aus diesem wirren und wechselvollen Durcheinandergewogen kleiner Parteien und vielfältig verschiedner Bestrebungen und Leidenschaften das Interesse Deutschlands herauszufinden. Sie sind uns alle ungefähr gleich feindlich gesinnt, aber am wenigsten hätten wir bei einem schließlichen Triumph der Monarchisten zu gewinnen, am meisten durch den Sieg der parlamentarischen Republik; denn es ist kaum zu befürchten, daß es dem Präsidenten Carnot und seinen jetzigen Ministern gelingen werde, die Parteien, die diese Staatsform wollen, auf die Dauer unter einem Hute zusammenzuhalten, weil das eben der Parlamentarismus mit seiner zersetzenden Natur und seiner Selbstsucht nicht erlaubt, und daneben würde, auch wenn es gelänge, immer eine monarchische Opposition fortbestehen, mit der sich bei Gelegenheit auch mißvergnügte Republikaner zum Sturze der Minister verbinden könnten, die strebsamen Parlamentariern überall und immer zu lange regieren.

Werfen wir noch einen Blick auf das bis jetzt feststehende Wahlergebnis. Frankreich hat am 22. September 369 Republikanern aller Schattirungen ein Mandat erteilt, während von den Oppositionsparteien 201 Kandidaten Abgeordnete geworden sind. Beide Heerhaufen haben in der Schlacht viele Tote auf dem Platze gelassen, d. h. alte Abgeordnete sind nicht wieder gewählt, sondern durch neue Leute ersetzt worden, sodaß insofern die Kammer der Deputirten ein etwas andres Gesicht zeigen wird als bisher. Einen schweren Verlust haben die Republikaner dadurch erlitten, daß Jules Ferry, der sich in seiner Geburtsstadt Saint Dié um ein Mandat beworben hatte, und ebenso der frühere Minister Goblet, dieser in Amiens, unterlegen sind. Beide mußten nichtsbedeutenden Anhängern Boulangers das Feld überlassen. Nicht zu beklagen hat die republikanische Partei die Niederlage von Leuten wie Clovis Hugues, Camellinat, Baillant, Gaulier, Lyon, Allemand und andre Jakobiner, die Zeit ihres Lebens nur dazu gut gewesen sind, Stecken zwischen die Speichen der Räder des ohnehin schwerfälligen und langsam vorwärtskommenden Parlamentswagens zu schieben. Was Boulanger betrifft, so haben die Wahlen eben keinen Beweis dafür geliefert, daß man berechtigt war, ihn „den Pfeiler der Hoffnung des Volkes“ und „den Mittelpunkt aller Wünsche des Landes“ zu nennen. Wenn sein Anhang und seine geheimen Gönner erwarteten, daß sein Name immer noch geeignet sein werde, Geister zu beschwören und zwar in Masse, in imponirenden Haufen, so müssen die Wahlen sie arg enttäuscht haben. Wenn er und sein Programm ziemlich rasch in die Mode kamen, so scheinen sie, seit er sich selbst verbannt hat, noch rascher aus der Mode gekommen zu sein. Jedenfalls hat seine Beliebtheit selbst in der Hauptstadt für jetzt außerordentlich abgenommen. Im

Januar d. J. fielen in Paris für ihn allein eine Viertelmillion Stimmzettel in die Urne, er schlug seinen republikanischen Nebenbuhler mit mehr als 80 000 Stimmen, nur in einem einzigen Arrondissement der Stadt wurde ihm die Mehrheit nicht zu teil. Jetzt haben für ihn und die Kandidaten seiner Partei nur etwa 200 000 Wähler von Paris gestimmt, und nur in drei Arrondissements haben die Boulangisten eine gesetzlich genügende Mehrheit erlangt. Sie hatten dreiundvierzig Kandidaten aufgestellt und hofften davon wenigstens fünfundzwanzig durchzusetzen. Das ist eine arge Abnahme, eine verdrießliche Erfahrung für die bisher so zuversichtlichen Himmelsstürmer. Gewiß ist freilich, daß die unfreiwillige Abwesenheit des Häuptlings, die gegen ihn vor dem Senate als Obergerichtshof erhobnen und leidlich bewiesenen Beschuldigungen und die entschlossene Haltung des Ministeriums zu diesem Ergebnisse beigetragen, seine Anhänger geschwächt und seine Gegner ermutigt und vermehrt haben; und wenn die Wahlen sowohl in Paris als in den Departements weit davon entfernt sind, die Bedeutung eines Plebiszits zu Gunsten des Exgenerals und Zukunftsdiktators oder auch nur einer dem ähnlichen Rundgebung zu haben, so dürfen wir doch keineswegs alle Gefahr, die von dieser Seite der Republik drohte, schon für völlig beseitigt halten. So weit, müssen wir uns sagen, hat Frankreich sich diesmal gegen das persönliche Element, das Ansehen und die Macht eines Einzelnen, ausgesprochen, ein Element, das so oft schon in seiner Geschichte eine verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Aber Boulanger ist, wie der dritte Napoleon, als er noch abenteuernder Prätendent war, ein „Stehaufsehen,“ das umgestoßen sich immer wieder aufrichtet. Er hat zunächst genug Einfluß behalten, um sich den Wählern eines Pariser Kreises, wo die Demokratie am stärksten vertreten ist, als Kandidat vorstellen zu können und zwar neben Soffrin, dem rotesten aller roten Demokraten, und er hat ihn geschlagen. Dieser Erfolg der Bewerbung eines Militärs neben einem Arbeiter, eines mit ablichen Royalisten und Reaktionären verschwornen Kandidaten neben einem radikalen Freiheits- und Gleichheitshelden ist ein seltsames Zeichen des wankelmütigen und zu allen möglichen Hänken und Streichen zu verwendenden Geistes der Pariser Woten. Andre Kreise der Art sind aber ganz ähnlich beschaffen, und es ist daher nicht unmöglich, daß der General sich diesen Umstand einmal mit Erfolg zu nuzen macht. Ihm ist bei seiner rührigen und vollkommen gesinnungslosen Dreistigkeit überhaupt vieles möglich; und die Republikaner werden, wie wir sie kennen, dazu beitragen, daß ihm ein Feld für sein Spiel bleibt. Es ist ihm jetzt nicht geglückt, aber er bleibt eine Kraft im politischen Getriebe Frankreichs und darf von seinen Gegnern nicht übersehen oder über die Achsel angesehen werden; fällt er aber einmal weg, so wird der Boulangismus fortleben als eine stete Warnung für die, die gerade am Staatsruder stehen. Er wird sie lehren, daß kein Ministerium in Frankreich, ganz abgesehen von den parlamentarischen Gefahren, im Volke dauernd festzuwurzeln, keine politische Ein-

richtung Bestand zu gewinnen vermag gegenüber dem Wunsche des Volkes, sich in einer imposanten und glänzend auftretenden Persönlichkeit, seinem Abbilde, gewissermaßen dem Normalfranzmann abgepiegelt zu sehen. Dazu sind keine großen Eigenschaften, keine militärischen Erfolge, keine politischen Leistungen nötig; es genügt die Gabe, sich geschickt und dreist vorzudrängen, und beharrliche Anwendung dieser Gabe.

Wir bemerken noch, daß von den Mitgliedern des Kabinetts Tirard bis jetzt vier gewählt sind: Spuller, Thévenet, Rouvier und Fallières. Yves Guyot und der energische Constans haben sich der Stichwahl zu unterwerfen, sind aber so gut wie sicher, ein Mandat zu erhalten, da neben ihnen sich nur Republikaner beworben haben, die zu ihren Gunsten zurückzutreten bereit sind.



Das Sozialistengesetz und die nationalliberale Partei



Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der bevorstehenden Reichstags-session die Frage über Fortbestand oder Nichtfortbestand des Sozialistengesetzes zur Entscheidung kommen wird. Wir sehen aber in der Art und Weise, wie diese Frage in der Presse behandelt wird, eine Gefahr, welche die Errungenschaften der Reichstagswahl vom 21. Februar 1887 von neuem in Frage zu stellen droht.

Nachdem die Abstimmung vom 24. Mai 1878 für die nationalliberale Partei so verhängnisvoll geworden war, hat diese Partei vom 19. Oktober 1878 bis zum 17. Februar 1888 ohne Unterbrechung für die Fortdauer des jetzt in Geltung bestehenden Sozialistengesetzes gestimmt. Seitdem haben gewichtige Organe derselben die Lösung ausgegeben, es dürfe das Gesetz keinesfalls verlängert, vielmehr müsse es durch ein Gesetz andern Inhalts, das aber dann dauernd werden solle, ersetzt werden. Ob dieses mit so großer Bestimmtheit auftretende Verlangen von der ganzen Partei oder nur von einer Anzahl einflußreicher Mitglieder gestellt wird, wissen wir nicht. Ebenso haben die Organe der Partei uns im Unklaren darüber gelassen, wie denn nun eigentlich das Gesetz gedacht wird, das an die Stelle des bisherigen Gesetzes treten soll. Die Regierungen sollen nach etwas suchen, was es ersetzen könne. Auf einigen Seiten scheint man dabei das alte Schlagwort von der „Rückkehr zum gemeinen Recht“ im Sinne zu haben, d. h. man verlangt allgemein formulirte Vorschriften, die dann auch zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ausreichen sollen.